

Der Arbeitskreis Friedhof wurde über alle Details und Kosten der dort beschlossenen Bestattungsvarianten informiert.

Mehrere andere Varianten wurden vorgestellt und diskutiert. Am Ende der Diskussion stand die einvernehmliche Bitte der anwesenden Politiker aller Fraktionen an den Betriebsleiter, nunmehr eine Beschlussvorlage auszuformulieren und in den Ausschuss zu bringen. Dort wurde dann durch die CDU Fraktion ohne Angabe sachlicher Gründe Beratungsbedarf angemeldet, der die Umsetzung des Gesamtprojektes wesentlich verzögern kann.

Die Mitglieder des Arbeitskreises haben die Aufgabe, ihre Fraktion über den Fortgang der Beratungen vorab zu informieren. Überdies müssen sie von ihren Fraktionen mit einem Mindestmaß an Entscheidungskompetenz ausgestattet werden. Wenn alle Ergebnisse der Arbeitskreise in Ausschüssen noch einmal von vorne diskutiert werden, kann man sich deren Einrichtung von vorneherein sparen.

In diesem Zusammenhang erinnere ich noch einmal an die Ergebnisse des Arbeitskreises Innenstadt. Auch hier wurden die Rahmenbedingungen der Fußgängerzone ausgiebig besprochen. Dennoch wurde bei Einbringung in den ASBV noch unverhältnismäßig lange über Dinge gestritten, über die im Arbeitskreis bereits Einigkeit erzielt wurde.

Für die Verwaltung ist diese Vorgehensweise ebenfalls nicht akzeptabel. Effektive politische Arbeit sieht anders aus.

Noch ein Wort zum Beratungsbedarf: Es ist eine gute Sitte, in Ausschüssen eine Beschlussfassung ohne Rücksicht auf die Mehrheitsverhältnisse immer dann zu verschieben, wenn eine Fraktion noch Beratungsbedarf zur Klärung von Fragen anmeldet, die während der laufenden Debatte entstehen. Mit diesem „Instrument“ muss jedoch verantwortlich umgegangen werden. Es darf nicht vorsätzlich dazu genutzt werden, unliebsame Beschlüsse in Gremien zu blockieren.

## Urnen wandern von Arbeitskreis in Sondersitzung

Beratungsbedarf: CDU hält Beschluss  
zu neuen Bestattungsformen auf

Von Christoph Ueberfeld

**Unna. Eigentlich ist alles längst geklärt. Der interfraktionelle Arbeitskreis hat die Ampeln auf Grün gestellt. Die Stadt will Urnenbestattungen in zwei Formen auf dem Südfriedhof anbieten. Doch im Betriebsausschuss Stadtbetriebe scherte die CDU plötzlich aus.**

Aus den Gründen allerdings machten die Christdemokraten ein großes Geheimnis. Dem FLU-Antrag der Urnenbestattung unterm Baum werde man zustimmen, für die Urnenbestattung in der Wand würde die Fraktion allerdings noch Beratungsbedarf sehen.

Und das, obwohl der interfraktionelle Arbeitskreis, in dem auch die CDU vertreten ist, alle Details hinsichtlich der neuen Bestattungsformen geklärt hatte. Ungläubiges Staunen erntete die CDU vom „Koalitionspartner“ SPD, von den Vertretern der Stadtbetriebe gab es ein großes Fragezeichen. Denn die städtische Tochter benötigt das Votum der Politik, um für die neuen Bestattungsformen für 2017 die Kosten zu kalkulieren und die Gebührensatzung entsprechend anzupassen.

„Wenn die CDU schon weiteren Beratungsbedarf anmeldet, dann sollte sie auch die Gründe dafür nennen“, forderte Renate Nick (SPD) die CDU auf. Doch kein Wort kam ihnen über die Lippen. „Wenn der Ar-

beitskreis doch zugestimmt hat, warum gibt es jetzt auf einmal Bedenken?“, ergänzte Michael Tietze seine Parteikollegin. Aber auch er konnte den Christdemokraten die Gründe für den erneuten Beratungsbedarf nicht entlocken. Nur so viel ließ sich Bernhard Albers (CDU) entlocken: In der Fraktion gebe es zu der Urnenbestattung in der Wand anscheinend doch kein einheitliches Meinungsbild. Mehr wolle er dazu aber nicht sagen.

CDU-Fraktionschef Rudolf Fröhlich erläuterte später, warum seine Parteimitglieder im Betriebsausschuss Beratungsbedarf angemeldet hatten. Warum sie allerdings eine solche Geheimniskrämerei daraus gemacht hatten, konnte sich der Fraktionsvorsitzende nicht erklären.

„Für die Urnenbestattungen in der Wand müssen wir Geld investieren. Wir kennen aber nicht den Bedarf für diese Bestattungsform. Zudem gibt es Parteimitglieder, die sich auch eine andere Form der Urnenbestattung vorstellen könnten. Darüber möchten wir einfach noch mal in der Fraktion sprechen“, nannte Fröhlich die Gründe der CDU.

Aus diesem Grund muss der Betriebsausschuss nun extra eine Sondersitzung einberufen. Die soll am 27. Oktober vor der Ratssitzung stattfinden – mit wahrscheinlich genau einem einzigen Tagesordnungspunkt.

### Sondersitzung wegen Urnen

**Unna.** Will die Stadt 2017 neue Bestattungsformen einführen, benötigt sie das Votum der Politik. Doch das blieb ihr bislang versagt. Trotz Vorberatung im Arbeitskreis sieht die CDU noch Beratungsbedarf. Jetzt gibt es deswegen extra eine Sondersitzung. **7 Seite 17**